

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

(Kleinverbreitung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Saale-Zeitung.

Neunundsanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. ... (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 94.

Halle a. d. Saale, Montag den 25. Februar

1895.

Eine neue Rede des Kaisers.

Die jüngste Woche hat der Landwirtschaft gehört, und wie der Kaiser am Montag mit einer Ansprache an die Abordnung der Landwirtschaft begangen hat, so hat er auch am Sonntag mit einer Rede über die Landwirtschaft geendet. Dieses Mal sprach der Herrscher bei dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages. Man weiß, daß Kaiser Wilhelm II. diese Gelegenheit gern wahrnimmt, um besonders scharfe Schlagreden auf die politische Lage zu werfen. Hier sprach er einst im Jahre 1890 jenes Wort, daß er die Männer, die seiner Politik entgegengetreten, zerstückeln werde. Wenige Wochen später war Fürst Bismarck entlassen. Hier auch sprach der Kaiser von den Mörglern, die den Stand von ihren Pflichten schätzten; hier ergriff die Aufmerksamkeit an die todsüchtigen Kämpfer; hier sprach er von den Vandalen, deren Markgrafen, von den Herrschern dieses Mal zur Klärung der Lage beitragen, was der Herrscher dieses Mal zur Klärung der Lage beitragen ist als der „hohe Chef“ des Provinziallandtages kein anderer ist als der „hohe Chef“ des Herrn von der Großen-Areinsten, Freiherr v. Manntaufer, der auf der Feinspaltenterranstellung erschienen war und in unruhigen Beziehungen zu dem Minister v. Koller steht.

Am Montag hatte der Herrscher die Winterernte, sich aller sentimentellen Agitationen zu enthalten. Sie haben die Wirkung nicht bezeugt, vielmehr gerade jetzt einen Ton angeschlagen, der allgemein weitere Kreise des Volkes zu beunruhigen beginnt. Keinen einzigen ausweichenden Plan, der in den letzten Tagen aufgetaucht ist, hat man aufgegeben, am wenigsten das königliche Projekt, durch das Reichsmonopol für den Handel in ausländischem Getreide künstlich die inländischen Preise in die Höhe zu treiben. Schon der Landwirtschaftsminister von Hammerstein-Vogten hat sich über die Wichtigkeit mit einer Zurückhaltung ausgesprochen, die im wesentlichen als Ablehnung aufgefaßt werden mußte. Daß die wesentlichen Theile des Antrages König unannehmbar seien, hat der Vertreter der Regierung ausdrücklich erklärt. Das freilich hat die Agrarier nicht gehindert, immer wieder diesen Antrag anzupreisen als das einzige Mittel, der Landwirtschaft zu helfen. Man hat sich nicht den Rath des Kaisers befolgt und abgewartet, bis sich der Staatsrath mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, sondern man hat gerade jetzt immer aufs Neue und immer lauter die Nothwendigkeit betont, den Antrag König und gerade den Antrag König durchzuführen, da ohne diese Hilfe es mit der Landwirtschaft vorbei sei. Jetzt hat der Kaiser abermals gesprochen, und es ist zu glauben, daß seine Worte ein Dämpfer auf die Ueberheblichkeiten der Agrarier sind. Sie werden zweifelsohne auch so in den Kreisen der Agrarier aufgefaßt werden.

Am vorigen Montag hatte der Herrscher noch von der Bergangelegenheit gesprochen und erklärt, daß ihn die früheren Freiberger des Bundes der Landwirthe gekränkt haben. Jetzt sieht er von der Bergangelegenheit ab und spricht von der Nothwendigkeit, den Bauernstand zu heben. Es ist bemerkenswerth, daß der Kaiser hier nicht von der Landwirtschaft im allgemeinen spricht, sondern nur vom Bauern; er scheint also ein besonderes Bedürfnis, den Großgrundbesitzern zu helfen, mindestens nicht in dem gleichen Maße anzuerkennen wie dem Bauernstand gegenüber. Daß der Kaiser so gut wie die Regierung ein warmes Herz für die Landwirtschaft hat, das braucht nicht erst erwähnt zu werden; daß er auch bereit ist, alles zu thun, was Verwaltung und Gesetzgebung billig zu thun vermögen, ist eben so selbstverständlich. Aber der Herrscher erklärt — und das ist von besonderer Bedeutung — daß kein Stand beanspruchen könne, auf Kosten der anderen bevorzugt zu werden. Die Aufgabe des Bundesherrn sei es, die Interessen aller Stände gegeneinander abzuwägen und mit einander zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei geknirscht bleibe. Das sind edle königliche Worte, und sie sind uns so zeitgemäß, als seit Jahren die Sonderinteressen geradezu angefaßt und vorzugsweise die Landwirtschaft angezogen worden sind, einseitig und rücksichtslos ihre besonderen Interessen wahrzunehmen, ohne Rücksicht auf das Interesse der Gesamtheit. Die große Masse des Volkes ist nicht dazu da, sich schwere Opfer aufzulegen, damit die Rechte der Landwirtschaft erhöht werde. Das ist der klare Sinn der Worte des Kaisers. Es darf nicht ein Stand beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden. Man braucht diesen allgemeinen Satz nur auf den konkreteren Fall anzuwenden, dann ist man sich über die Ansichten des Kaisers klar. Aber der Herrscher spricht noch mehr. Er warnt dringend davor, die gespannten Hoffnungen zu hegen und die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Was kann diese Warnung bedeuten, wenn nicht eine Abjahnung an den Antrag König und vielleicht auch an das Verlangen, unsere gute und feste Goldwährung umzuwälzen? Der Kaiser muß zu seinen Ausführungen doch bestimmte, in den politischen Verhältnissen liegende Gründe haben. Da kann man aber die Bedeutung seiner Worte nicht lange im Zweifel sein.

Der Antrag König ist schon vor einer Reihe von Wochen bei der Errichtung des Reichstages von hoher Stelle als eine Utopie bezeichnet worden. Jetzt hat auch der Reichskanzler Fürst Hohenlohe dem Grafen Hompesch gegenüber ausdrücklich erklärt, daß er ein Gegner des Antrages König sei. Fürst Hohenlohe wird in diesem Falle nur in Uebereinstimmung mit dem Kaiser gesprochen haben. Auch ist die Rede des Kaisers vor dem Brandenburgischen Provinziallandtage so ungewöhnlich, daß man schwerlich zu fälschen braucht, es werde ein vages, schwebendes Experiment mit der amtlichen Feststellung von Gebietspreisen gemacht werden. Allein der allgemeine Grundsat, den der Kaiser anspricht, verdient auch auf anderen Gebieten beherzigt zu werden. Entfällt er doch eine Verrentung der

Interessenpolitik, wie man sie nicht alle Tage vernimmt? Wenn die Zuerstinstanz eine Erhöhung der Prämie verlangen und diese erhöhte Prämie von der ganzen Nation in Form einer Erhöhung der Inderverbrauchssteuer aufgebracht werden soll, ist das nicht eine Bevorzugung eines einzelnen Standes auf Kosten aller übrigen? Und verhält es sich mit der Prämienvertheilung anders? Und wünscht, daß die richtigen Gedanken, die der Kaiser ausgesprochen hat, auch überall von der Regierung und von den Parteien folgerichtig angewendet würden. Dann wäre es besser um das öffentliche Wohl und den Frieden der Bevölkerung bestellt als heute. Dennfalls aber können wir mit diesem Ende der „landwirtschaftlichen Woche“ nur zufrieden sein. Es war allgemein bei den Agrariern die Siegeszuversicht bis zum Raufsch und Tausel gefahren. Da war ein toller Wasserkrampf nötig. Und wir glauben, daß die Rede des Kaisers wenigstens einigermaßen dazu beitragen kann, eine heilsame Ermüdung zu bewirken.

Die am Sonntagabend bei dem von den Mitgliedern des Brandenburgischen Provinziallandtages veranstalteten Festmahle vom Kaiser gehaltenen Rede hat folgenden Wortlaut:

„Die eben vernommenen Worte Ihres verehrten Herrn Oberpräsidenten haben auf mich die Gesinnungen der Treue und Anhänglichkeit Meiner Väter zum Ausdruck gebracht. Von ganzem Herzen danke ich Ihnen dafür. Solche Gesinnungen sind in so hohen Jähren doppelt werth und sind für mich in meinem dormentlichen Amte eine Gewissung und Unterstützung. Denn sie bedeuten das Vertrauen, welches Sie in Ihren Markgrafen setzen und das Vertrauen bedeutet Hindernisse die Luft zur Klarheit und zur Unterthänigkeit; und das ist es, was Mir Meine Aufgabe am meisten zu erleichtern imstande ist, wenn Mein ganzes Volk sich entschließt, auch mit der That seinem Bundesvater fördernd zur Seite zu stehen. Die Fragen, welche im Augenblicke die Gemüther bewegen, betreffen vorwiegend den Bauernstand. Wie dieselben angefaßt werden sollen, ist Ihnen zur Genüge aus Meinen letzten Ausführungen bekannt. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es Mir gelingen wird, dennoth Mithilich für Sie zu schaffen, und mit ganzer Kraft will ich dafür eintreten. Ich möchte aber dringend davor warnen, überpannten Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand kann besondere Ansprüche, auf Kosten der anderen besonders bevorzugt zu werden; des Landesherren Aufgabe ist es, die Interessen aller Stände gegeneinander abzuwägen und miteinander zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei gewahrt bleibe. Auf dem heutigen Tage muß noch ein Schimmer des Tages von Frieden. Müge uns der Blick auf jenen ernten, köstlichen, ergränzten Mann daran erinnern, daß nur im Zusammenwirken von Reich und Volk der Erfolg verhängt ist. Im Begriffe, in die Reihen der 25jährigen Mitglieder der Erneuerung des gealterten Vaterlandes einzutreten, mögen wir dessen eingedenk sein, wie nur die gemeinsame Arbeit aller deutschen Stämme und ihrer Fürsten das Reich erhalt. Unvergänglich ist dabei der Ruf der Brandenburg, vor allem an jenem glorreichen 16. August. In Erinnerung daran und mit dem alten Rufe, mit dem die reitenden Scharen Berlins einst den Söldensoldaten zu manchem Strauß gelangt sind:

„Berlin allenell vorne vorn!“

erhebe ich Mein Glas und leere es auf das Wohl der Mark und Meiner Brandenburg.“

Die vorstehende Rede wurde gehalten unmittelbar nach dem von Oberpräsidenten Dr. von Hagenbach auf den Kaiser angebrachten Hoch. Das Festmahle begann um 7 Uhr. Nach der Tafel wurde der Kaffee in dem großen Saale und den Nebenräumen servirt, und der Kaiser, welcher noch längere Zeit im Kreise der Brandenburgischen Herren verblieb, unterließ sich mit mehreren derselben äußerst lebhaft. Beim Aufbruch verabschiedete sich der Kaiser huldvoll vom Oberpräsidenten, vom Landesdirektor und von den Herren des Vorlandes.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 24. Febr. Der Kaiser begiebt sich Montag den 25. d. abends mittels Sonderzuges von hier nach Wien zu den Reichsregierungsangelegenheiten in der Erzherzog Albrecht. Die Ankunft in Wien Nordbahnhof erfolgt Dienstag vormittag 11 Uhr. Der Kaiser hat, um seiner großen Frau für die entschlossene Ergebenheit Albrecht noch einen ganz besonderen Ausdruck zu geben, für dessen Sorg nach eigenen Angaben einen überaus kostbaren Kranz anfertigen lassen, der am Sonntagabend von hier nach Wien an den dortigen deutschen Hofkammer-Grafen zu Ehrenburg abgegangen ist. Dieser Kranz ist ein nach schweblicher Art gemaunder Vorberhang von zwei Meter im Durchmesser, in den goldene Vorberblüthen, Blätter und Früchte hineingeklochten sind; das Ganze ist ein wahres Kunstwerk. Von dem Kranze hängt eine breite weiße Moiréleiste herab, welche an den mit goldenen Franzen besäumten Enden das silberne Monogramm mit der Kaiserkrone in Gold trägt.

Der neu ernannte russische Botschafter für Berlin, Fürst Lobanow, wird der „Kreuzzeitung“ zufolge wahrscheinlich Anfang nächsten Monats seinen Berliner Wohnort antreten.

München, 24. Febr. Prinz Ludwig ist erkannt; infolgedessen wird Prinz Bruno von Brinzigen bei der Vertheilung für den Erzherzog Albrecht vertreten und heute abend nach Wien abreisen.

Konst., 23. Febr. Der „Stille“ zufolge wird sich ein italienisches Geschwader unter dem Oberbefehl des Admirals

Accinri im Juni nach Hamburg begeben, um den Festlichkeiten anlässlich der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals beizuwohnen.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

„Polenbedatte und kein Ende“ rief in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Sonntag der Antisemitiker Wasse aus. Diesmal hatte er sich jedoch für die nachdrückliche mehr langweilige als erregende Grandenbedatte beim Centrum zu bedanken, das den Gegenstand aufgegeben hatte und zwei Redner für die beiden Seiten Treffen schickte. Die freilichen Freunde der Entdeckung im Osten wurden darauf aufmerksam gemacht, daß auch der katholische Deutsche nicht vor politischen Beschimpfungen und Verhöhnungen sicher ist, noch jedoch auf jene keinen Eindruck machte. Neben den politischen Klagen gingen die landläufigen ultramontanen umher, garnirt mit Spänen welche die angeblich unvollkommenen Provinzialbedatte. Der Antisemitiker wies die Angriffe als unbegründet zurück, sagte jedoch die thüringische Erklärung der Wiederholung von Schweltern der Krankenpflege, die auch von dem Abg. Graf Limburg-Sirum (sonst), Friedberg (nat.-lib.) und Herrn v. Seibitz (freisinn.) befürwortet wurde, bereitwillig zu. Der Minister konnte übrigens darauf hinweisen, daß sich die Zahl dieser Wiederholungen seit 1882 von 800 auf 1200 vermehrt hat. Dem Abg. Hauptmann (Centr.), der sich besonders heftig in beleidigenden Imputationen gegen Beamte ergangen hatte und nicht vor der Anbeugung zurückgeschreckt war, die Beamten im Lande festzuhalten, weil sie Freimaurer seien, die Anstalten zurück, wurde von dem Abg. Dr. Friedberg nach Gebühr zurechtgewiesen. Bei dem Titel „Provinzialschulverwaltungen“ führte Abg. v. Schenkendorf (nat.-lib.) aus, es werde in Posen und sächsischen Schulen noch immer zu sehr das Hauptgewicht auf die formale wissenschaftliche Bildung gelegt, während die hauptsächliche förderliche Ausbildung zu sehr zurückstehe. In vernehmter Umsange erhebe sich besonders das Bedürfnis nach Bewegung, nach Jugendübungen, die die geistige, die körperliche, die geistliche, die Verwirklichung des Nationallebens durch Hauskatholiken-Unterricht für die weltliche Jugend entgegenzuwirken. Seitens der Regierung wurden diese Anregungen in der Annahme, daß der Abg. v. Schenkendorf nicht dem herrschenden Unterrichtsstande die Art an die Regierung legen wolle, wohlwollend entgegengenommen. Am Erntebildungen des Abg. Dr. Friedberg antwortete die Regierung, der Einführung von Alterszulagen für die Universitäts-Professoren händen noch Schwierigkeiten entgegen und die Frage der Doktorprüfungen würde sorgfältig im Auge behalten.

Schwarze Pläne.

Wie wir in unserer Sonntagsnummer bereits mittheilten, hat das Centrum (Abg. Rintelen und Genossen) in der Unsurzkommission einen neuen Paragrafen folgenden Inhalts bestritten:

„Mit Gehalts bis zu 600 M. oder mit Gehalts bis zu 2 Jahren wird bestraft, wer öffentlich oder vor mehreren oder durch Druckschrift oder Bild das Dasein Gottes oder die Unsterblichkeit der menschlichen Seele, oder den religiösen oder sittlichen Charakter der Ehe oder der Familie angreift oder leugnet.“

Dieser schwarze Eifer des Centrums wirkte alsbald anstehend auf die Konserverativen, sie mußten nun durchsah auch etwas thun und beantragten (Abg. von Vöckel und Genossen) den § 130, Abs. 2 der Regierungsvorlage wie folgt zu fassen:

„Dielele Strafe trifft beizunehmen, welcher das Christenthum, die Heiligkeit des Eides, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder die Unverletzlichkeit des Privatregiments durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift, welche geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu gefährden.“

Die bemerkenswerthe Aenderung in dem konserverativen Antrage gegen die Regierungsvorlage besteht darin, daß die „Religion“ durch das „Christenthum“ ersetzt wird. Man will die Antisemiten nicht der Möglichkeit berauben, auch in Zukunft alterne Märchen über das Judenthum ungefährdet zu verbreiten. Mit diesen Anträgen zeigen sich nun unsere Finsterlinge in ihrer wahren Gestalt und wer bisher noch in dem Centrum einen Unbegreiflichen gegen die Unsurzvorlage erblickt hatte, der weiß nun, woran er ist. In einer Besprechung des neuesten Centrumsantrages fordert die „Kölnische Ztg.“ die Regierung auf, schließlich volle Klarheit darüber zu schaffen, wie sie zu diesem Antrage liege, gegen den jedes menschliche Gefühl sich empört, der Deutschland den Hohn aller Nationen anzueignen drohe. Weise die Regierung diesen Antrag nicht ablehnen, sondern die Schwelle der Gesetzgebung zurück, so würde sie einen Sturm entfesseln, der den Kampf um die Zedlig'sche Schulvorlage in den Schatten stelle; denn hier sei ein empfindlicher Punkt berührt, bei welchem das deutsche Gewissen, der deutsche Wahrheitsgeist seinen Spieß verleihe. — So weit ist man in Deutschland schon gekommen, daß Anträge wie der des Centrums überhaupt gestellt werden können. Das ist die Frucht der von den Mittelparteien ausgegangenen Unsurztreiber. Indessen am 31. Okt. 1892 hat der heutige Kaiser in Wittenberg gesprochen: „Es giebt in Glaubenssachen keinen Zwang. Hier entscheidet allein die freie Ueberzeugung des Herzens.“ Doch haben wir die Zuversicht, daß der schwarze Plan nicht Wirklichkeit wird, sondern daß die Regierung den Finsterlingen eben einen kalten Wasserkrampf applicirt wie der Kaiser den Wählern.

Eine Wahlblamage der „Wandler“.

Am Sonntag hat im Wahlkreis Diele-Loth-Loth-Fannansburg die Reichstagswahl stattgefunden, die ein größeres Interesse in Anspruch nimmt wegen der bekannten durch den „berühmten“ Brief des Abg. v. Gröben an

Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhause.

27. Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt beim Titel „Unterstaatssekretär“.

Abg. Daxböck (Cr.): Wenn es möglich gewesen ist, den Hauptbestandteil der Kulturfachgesetz ohne Störung des sonstigen Fortschritts zu beschließen, dann wird es auch bei dem kleinen noch bestehenden Rest möglich sein. Besonders dringlich ist die Abschaffung des Ordensgesetzes.

Abg. Schröder (Böhr) zieht erneut Beschwerde über die Unterdrückung der polnischen Sprache im Schulunterricht und wünscht deren erweiterte Zulassung. Auch liegt in Simultanschulen Preussens im Verhältnis der Zahl der katholischen Schüler zu wenig polnische Lehrer. Die Behandlung der deutschen und polnischen Nationalität durch die Behörden sei inappropiatisch.

Kultusminister **Dr. Hoffe**: Wofür sollen wir kommen, wenn wir, wie dies geschieht, denselben Gegenstand immer wieder vorbringen? Vordenken und setzen Ende! Es ist nicht wahr, daß die Polen als Staatsbürger zweiter Klasse von den Behörden behandelt werden. Denn die Kinder in den Schulen polonisiert werden, tritt die deutsche Gesinnung zurück. Dieser Fehler muß vorgebeugt werden im Interesse unseres Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben in Polen viele deutsche Katholiken gehabt, die jetzt polonisiert sind, wie z. B. der sog. Domberger. Bekanntlich wird, daß in den Provinzialhochschulen noch viel Kulturfachprüfung herrsche, daß dort Mängel gegenüber Katholiken und Polen getadelt werde, so haben wir in der Centralinstanz nichts davon bemerkt. Integrität und Mäßigkeit ist das Hauptanliegen der preussischen Beamten. Die hingebenden freiwilligen Dienste der katholischen Orden in der Krankenpflege erkennen wir bewundernd an. Wenn aber Anträge auf Zulassung von Orden an uns gestellt werden, so müssen wir zunächst die Bedürfnisfrage prüfen. Auf einzelne Stellenbesetzungen können wir hier in öffentlicher Erörterung nicht eingehen. Wir müßten dann auf Revisionen zurückkommen, und es wäre verberlich, diesen Weg zu beschreiten. Es ist ein hartes Geschäft, aus dem wir die ganze Welt der hochpolitischen Gelehrte durchgehen sollen und das herausfinden, was der katholischen Kirche ungenau ist. Wenn Sie etwas wollen, so kommen Sie mit ganz bestimmten Anträgen, die wir wohlwollend prüfen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gersch (Hessl.): Wofür soll die einzige Polenabteilung führen? Ich fürchte die Polen (Lachen) sei den Polen gewiss nicht die Polen sehr hoch, aber hören Sie doch mit den Tränen an. Mit Ihren Tränen untergraben Sie das Vertrauen zu der Regierung und dadurch, daß Sie selbst denken, einen Staat im Staate zu bilden, sich besonders zu organisieren, untergraben Sie Ihre eigene Autorität. Gerade diese Organisation wird der Sozialdemokratie noch viel leichter. Daß das Centrum sich der Polen als Katholiken annimmt, ist erklärlich. Aber die Herren vom Centrum möchten doch bedenken, daß sie nicht bloß Katholiken, sondern auch Deutsche sind. Viele Leute, die sich als Polen gerieren, sind gar nicht Polen, z. B. Franzosen, die im Ansehen anderer Nationalitäten in Polen niedergelassen haben. Ich fürchte, wenn ihnen dieß geht, sein Sohn nannte sich Petrus und der Enkel Petrich (Gehäuselt).

Abg. Graf zu Eulenburg-Straum (sonst.) erklärt, daß in Erwägung zu ziehen ist, ob nicht über die Niederlassungen von Ordensmitgliedern in der Oberpräsident in der Mitte entschieden solle, damit die Ministerialentscheidungen leichter werden.

Abg. Frhr. v. Herrenau (Cr.): Wir sind für die Polen nicht eingetretten, weil sie Katholiken sind, sondern aus Gerechtigkeitsgefühl. Die Polen müssen die von Gott eingelegte Dankschuld, den preussischen König anerkennen, aber dafür muß man auch ihre Sprache ebenfalls anerkennen, denn sie sind als Polen für den preussischen Unterthanenverband angenommen worden. Ich gebe zu, daß es im Interesse des Staates, aber auch der Polen liegt, deutsch zu lernen, aber die Polen haben doch auch ein Recht, ihre Muttersprache zu lernen und zu sprechen. In diesem Sinne sind wir immer für die Polen eingetreten, und wir würden es thun, auch wenn sie nicht katholisch wären.

Kultusminister **Dr. Hoffe**: Die Anregung des Grafen Eulenburg-Straum werde ich in Erwägung ziehen. Die katholische Kirche hat sich über die Zulassung von Ordensniederlassungen nicht zu betragen. 1832 gab es 800 Ordensniederlassungen mit 720 Mitgliedern, Ende 1893 aber 1216 Niederlassungen mit 1004 Mitgliedern. (Stört, hört links.)

Abg. Hauptmann (Cr.) befragt sich, daß hohe Beamtenstellen mit Männern besetzt sind, die gewissen geheimen Gesellschaften angehören. (Lachen links.) Darum können auch keine Katholiken in diese Stellen hinein.

Abg. Frhr. v. Herrenau (Cr.) bemerkt, daß vom Minister beigegebenen Zahlen geben ein ganz falsches Bild von dem Ordenswesen. Man müsse berücksichtigen, daß viele von diesen Ordensniederlassungen während des Kulturkampfes zerstört, nach ihrer Verdrängung aber wieder besetzt seien. Ferner werde jedes kleine Krankenhause mit 2-3 Schwestern als Ordensniederlassung eingerechnet.

Abg. Dr. Gersch (Hessl.): Wenn es möglich ist, eine Erleichterung in dem Antzungenlage bei der Genehmigung der Ordensniederlassungen eintreten zu lassen, so wird meine Partei den zustimmen. **Abg. Hauptmann** greift hier Beamte, die nicht bezamtlich sind, an. So weit sind wir Gott sei Dank nicht gekommen, wir sind nur Beamte, die nicht bezamtlich sind, die Herrn Hauptmanns Befehl sind. (Gehäuselt.) Wir fordern die Unterdrückung der freimaurerischen Vereinigungen fordern in denselben Augenblick, wo hier Freiheit der Ordensniederlassungen gefordert wird? Das ist der Begriff von Freiheit, den **Abg. Hauptmann** offensichtlich, wie ich zur Ehre des Centrums annehme, allein vertritt. (Beifall.)

Der Titel wird bewilligt.

Abg. Dr. Dittich (Cr.) bemerkt, daß in einer Zeit, wo allen Geistesheroen Denkmäler gesetzt wurden, auch dem Altronomen Nikolaus Kopernikus in Frauenburg im Ermland, der Hauptstätte seiner Wirksamkeit, ein Denkmal gesetzt werde, wie es bereits Friedrich II. in einem Erlaß an die Polstare verheißt habe.

Minister Dr. Hoffe: Die Anregung findet bei uns das denkbar größte Entgegenkommen. Sobald die Mittel vorhanden sind, werde ich mit größter Freude an den Plan herantreten. Das Kapitel wird bewilligt.

Abg. Graf „Provinzialhochschulen“ berührt **Abg. v. Schenckendorff** (Hessl.) dem Minister seinen Dank aus für die in letzter Zeit in höheren und Vorkollegien angebrachten humanistischen Einrichtungen. Die Bildung der Schule ist heute einseitig und zu formal wissenschaftlich. Das Leben stellt aber andere Ansprüche an den heranwachsenden Menschen. Die körperliche Bildung darf nicht vernachlässigt werden. Die Provinzialhochschule hat einen großen Teil der Unterrichtsgegenstände schon im klaren gemacht. Ich bin der Überzeugung, voraus ist in den letzten Jahren im Interesse der Volksgesundheit eine mächtige Bewegung für Jugendspiele entstanden. Nur wenn diese Bewegung gefördert wird, kann harmlose Jugendfreude und Volkstheater wieder in die jetzt unruhigenden Gemüther einfließen. Der preussischen Unterrichtsverwaltung und dem gegenwärtigen Minister gebührt für seine hochinteressante Tätigkeit und Unterstützung dieser Bewegung herzlicher Dank seitens des Centralausschusses für Jugend- und Volksspiele. Auch 23 Direktoren von Gymnasien haben bereits erkannt, wie wahr der Satz ist: Nur in einer gesunden Körperwohnt ein geandertes Geist. Dagegen liegt das Verbrechen von mehr als 800 Unfällen dieser Weltanschauung noch recht gleichgültig gegenüber. Die geschehenden Ver-

131 hingewiesen. Wenn diese Paragrafen in Kraft treten würden, so würde das Institut des Styrrethaceurs unvermeidlich sein, das den Stand der Journalisten in der allgemeinen Achtung herabzusetzen suchen ist. Schließlich bezüglich der Verein einstimmen, sich selbständig mit einer Eingabe gegen die Amtsvorlage an den Reichstag zu wenden.

Gegen den antientfittlichen Kandidaten in Eschwege-Schmalsteden, Strauß, hat der Führer der liberalen Partei im Reichstage, Herr v. Manteuffel, dem Herrn Dr. Betzer nach dem „Schmalsteden“ anzufragen, in der es heißt: „Ich höre, der Strauß treibt mit meiner Unterstützung herum, da liegt er, ich unterliege ich nicht.“

Ein Fall von Soldatenmißhandlung berichten die Mainz. Nachr.: Ein Unteroffizier vom Infanterie-Regiment in Mainz soll einem Rekruten eine Wehrrede, an der sich eine Schelte befand, in das Gesicht geschlagen haben, wodurch ein Verstoß ausging und das andere schwer verletzt wurde. Strenge Untersuchung ist eingeleitet und der Unteroffizier in Haft genommen.

S. Leipzig, 23. Febr. Mit der einander Entlang aller antientfittlichen Schattungen ideen ist nicht weit her zu sein, denn der biesige „Deutsche Verein“ ist laut Beschluß einer Versammlung aus der deutschsozialen Reformpartei ausgeschlossen.

Brattgau, 23. Febr. Dem Antrag Haußmanns entsprechend, wählte die Abgeordnetenkammer in der heutigen Sitzung eine Kommission zur Vorbereitung der Antwortadresse auf die Thronrede, wobei die Anliegen der Volksvertretung Ausdruck finden sollen. Haußmann betonte, daß insbesondere die Thronrede bezüglich der Verfassungsrevision eine Erwiderung erfordere, da nach seiner Ansicht die von der Regierung gemachte Erklärung durch den Wahlaustritt bereits vollständig liegt. Ministerpräsident von Mittnacht erklärte, die Regierung sei jeder Zeit bereit, über ihre weitere Haltung in der Verfassungsreformfrage mündlich Auskunft zu geben. Weiter erklärte v. Mittnacht, daß die Regierung mit der Frage der Einführung des Vorkontrollsystems sich eingehend beschäftigt habe. Die Kammer vertagte sich damit bis 1. März.

Marinearchivisten. Nach telegraphischer Meldung an das Oberkommando der Marine ist S. M. S. „Marie“, Kommando Korvettenkapitän Gebner, am 19. Februar von Tschiff abgegangen und am 22. d. in Ragajski eingetroffen.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Am Sonnabend abend wurde die Leiche des Erzherzogs Albrecht in Vico eingeseigelt und unter außerordentlicher Beihilfung zum Bahnhofs gebracht. Der Ertrag aus der Leiche ging abends 10 Uhr nach Wien ab.

Im ungarischen Abgeordnetenhause wiederholte am Sonnabend der fortgesetzte Debatte über das Finanzgesetz der Ministerpräsident Baron von Deffy die wichtigsten Punkte seines Programms und erklärte, trotzdem sich die Regierung, gestützt auf die liberale Partei, für genügend aktionsfähig halte, aber er, Deffy, mit Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Lage und den konstitutionellen Kampf verändere, ein einheitliches Zusammenwirken der auf der Basis des 6ter Ausdrucks stehenden Parteien anzubahnen, wobei spezielle Punkte seines Programms auf gewisse Zeit suspendiert worden seien. Zu diesem Zweck habe ihn weder eine Zwangslage noch Mistranzen der Krone bewegen. Der Bericht ist geschickt. Die liberale Partei und mit ihr die Regierung sichten sich jedoch berichtigt und verpflichtet, die Geschäfte weiter zu führen. (Sehr großer Beifall rechts.) Gestützt auf das Vertrauen der Krone und der liberalen Partei bitte die Regierung um die Annahme des Finanzgesetzes.

Frankreich. Aus Anlaß des Jahrestages der Revolution vom 24. Febr. 1848 fand am Sonntag in St. Mandé ein Bankett statt, bei welchem zahlreiche Reden gehalten wurden. Gohlet vertritt, die Mandateln und die Sozialisten seien nicht Feinde; sie seien im Gegenteil hinsichtlich gewisser Fragen einig, unter der Bedingung, daß die Sozialisten sich lediglich gesetzlicher Mittel zu bedienen beabsichtigen. Floquet erinnerte daran, daß die zweite Republik daran zu Grunde gegangen, weil sie die Wollärten in sich aufnahm.

Wie der „Gaulois“ meldet, sollen in diesem Jahre große Flottenmanöver im Mittelatlantischen Meere stattfinden. Ein alteses Geschwader und ein Reservegeschwader werden erst zusammen und dann gegeneinander manövrieren. Das Transportschiff „V. S. Nazaire“, welches Drehfuß an Bord hat, ist am 23. d. von der Höhe der Insel Aix abgegangen.

Ausland. Die petersburger Blätter melden, wurde auf kaiserlichen Befehl eine Kommission eingesetzt zur Beratung des Projekts betreffend die Gründung eines nach dem Kaiser Alexander III. zu benennenden Hauses zur Verjüngung alter und kranker Schriftsteller, Künstler und Schauspielers. Das Haus soll auf einem kaiserlichen Spaziergange errichtet werden.

Rumänien. Der Senat nahm am Sonnabend mit 65 gegen 22 Stimmen die Vergeltungsvorlage an. Im Laufe der Beratung ver sprach der Außenminister Carp, demnachst einen Gehöranspruch betreffend die obligatorische Arbeiterversicherung einzubringen.

Nordamerika. Im Senate brachte am Sonnabend Volscott einen Antrag zu Gunsten der Ernennung eines Ausschusses ein, der die Vereinigten Staaten auf einer internationalen Münzkonferenz vertreten solle, falls die fremden Mächte die Vereinigten Staaten zur Beteiligung einladen werden.

Nach dem Berichte des Landwirtschaftsausschusses des Senates ist die Lage zahlreicher Baumwollpflanzler schlecht; viele sind zu Grunde gerichtet. Am Sonntag lehnte der Senat mit 42 gegen 24 Stimmen ab, in die Beratung der von dem Repräsentantenhause bereits angenommenen Folling-Will anzugehen, durch welche den Eisenbahnen gestattet werden sollte, unter sich Verabredungen zu treffen, um die Stabilität der Tarife zu sichern und eine verberbliche Konkurrenz zu verhindern.

Marocco. Das „Agence Havas“ wird aus Tanger gemeldet, daß aufriberische Stämme in das Gebiet von Marakech eingedrungen sind und Niederungen verübt haben. Eine englische Fregatte ist aus Gibraltar eingetroffen.

Der Krieg in Ostasien. Der japanische Landtag nahm am Sonntag die Gehaltentwertung an betreffend die Kriegsausleihe von 100 Millionen Yen, sowie betreffend das Ergänzungsbudget für Ausgaben; alsdann wurde eine Vorlage betreffend die Bewilligung eines Kredits von 3 Millionen Yen für Korea genehmigt.

seinen „hohen Gehf“ bekannt gewordenen Vorgängen. In diesem Wahlkreise wollten die Herren vom Bunde der Landwirte recht einmal „ein Exempel statuieren“, indem sie dem Oberpräsidenten Grafen Stolberg, der es gewagt hatte, für den deutsch-russischen Handelsvertrag zu stimmen, eine juristische Niederlage bereiten. So jagte als die Nachfrist aufstande, daß Graf Stolberg die Forderungen des Bundes der Landwirte anerkannt habe, da erklärte das bezirker offizielle Organ des Bundes immer noch unentworf, das nicht ihn alles nichts, Herr v. Borcke (der händliche Organleitend des Grafen Stolberg bleibt, „nach wie vor der Mann unseres Vertrauens“). Und nun befragte man sich das Ergebnis der am Sonnabend stattgefundenen Wahl, über das uns die folgende Depesche berichtet:

Am 11. d. M. 24. Febr. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreise Westpreußen-Schlesien wurde der Oberpräsident Graf v. Stolberg (sonst.) mit großer Majorität gewählt. Graf Stolberg erhielt nach den bisherigen Feststellungen 11,266. Das (Frei. W.) 3498, Eckhardt (So.) 1000 und Borcke (Bund der Landwirte) 98 Stimmen. Nur aus wenigen Bezirken liegt das Wahlergebnis noch aus.

Ob eine ärgere Wahlmanöver des Bundes überhaupt denkbar? „Die Woch.“ will an, können die Agrarier in Bezug auf die gegenwärtige Woche sagen. Denn zu der Rede des Grafen, welche am Sonntag früh zur allgemeinen Kenntnis gelangte, kommt nun noch der Wahlaustritt in Hof-Schlesien, das sind in der Tat zu weite Wasserstrahlen fruchtiger Art, von denen wir nur wünschen, daß sie die so sehr nöthig ermittelnde Wirkung auf die überhitzten Agrariergemüther üben mögen.

Gegen den unläuteren Wettbewerb.

Aus den Verhandlungen, welche die Betreffenden der gewerbetreibenden Kreise in den letzten Tagen über den Anfang Januar im „Neidungszeit“ veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes abgehalten haben, geht hervor, daß wenigstens aus einer Minderheit entgegengezierter Ansicht ist, doch die Mehrheit dem Gesetzentwurf im allgemeinen wie der Aufnahme von Vorschriften über den Berrath von Fabrik- und Geschäftsgewerbetreibenden in den Entwurf im besonderen zustimmt. Namentlich wird, offizieller Mitteilung zufolge, im Reichsamte des Innern der Gesetzentwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes einer noch näheren Durchsicht unterzogen werden. Man hat, die Bearbeiteten noch so früh beizugehen zu können, daß Berrath und Reichstag noch Gelegenheit gegeben werden kann, sich mit dem Entwurf während der laufenden Tagung zu beschäftigen.

zum Austritt des Herrn v. Schele.

Daß der derzeitige Gouverneur von Deutsch-Ostpreußen, Herr v. Schele, von seinem Posten zurücktritt, ist bekanntlich Thatsache. Ueber die Ursachen des Gouverneurswechsels schreibt die „Köln. Ztg.“ ausdruend offiziell:

Die Ursache des Austritts ist darin zu suchen, daß Herr von Schele mit der durch die bekannte letzte Kadenzordnung nicht erst geschaffen, sondern nur formell geregelten Unterordnung unter die Kolonialabteilung nicht einverstanden ist. Doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch in Bezug auf große koloniale Pläne ganz anders und der Centralregierung und dem Herrn von Schele mit unerbittlicher Minderheitsopposition beharren bestanden. Zu mehreren malen hatte es sich gezeigt, daß Herr von Schele die Bildung künftiger Kolonialgesellschaften nicht mit günstigem Auge betrachtete und es vorgezogen hätte, wenn die Kolonisation durch seine Einwirkung hätte befördert werden können. Insbesondere war er den Agrarierkreisen erheblicher Minderheitsopposition entgegengetreten und die unter jenen Bedingungen zustande kommenden Gesellschaften fanden bei ihm keine Förderung. Dies ist wohl erst in allerletzter Zeit in voller Schärfe hervorgetreten. Sie sind immer der Ansicht gewesen, daß Deutschland in Herrn v. Schele einen Mann in der Person hat, der ausserordentliche Fähigkeiten mit einem tiefen feinen Bogenwitz und von der Natur seiner Person verbunden. In dieser Beziehung wird es schwer halten, für ihn einen gleichwertigen Nachfolger zu erhalten. Wenn aber die Ansichten und Pläne des Herrn von Schele sich soweit aus dem Rahmen entfernten, den finanzielle und andere Gründe einer Minderheitsopposition vorzuschreiben, so wird es allerdings sehr schwer sein, ihn seinem Posten zu erhalten.“

verschiedene Mittheilungen.

Die zur Reichstagsdelegation Einnahme an Aktien und Verbräuchaufwehren hat in den ersten zehn Monaten des laufenden Etatsjahres 556,5 Millionen oder 30,9 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. An diese Stelle nahen die Zölle mit 23,1, die Zuckersteuer mit 23 Millionen Zehnt. Die beiden Branntweinsteuer sowie die Branntweinsteuer zusammen ein Betrag von 0,7 Millionen ergeben. — Bei den übrigen Einnahmen beläuft sich das Mehr der Bruttoeinnahme auf 108 Millionen, bei der Nettoeinnahme auf 2,5 Millionen, bei der Post- und Telegraphenverwaltung auf 11,1 und bei der Reichsfinanzverwaltung auf 0,9 Millionen.

Der Minister des Innern hat in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten darauf hingewiesen, daß dem Ausweisen und Selbstleben anstößiger Schriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen in geeigneten Fällen durch eine strafrechtliche Verfolgung auf Grund der Bestimmungen der §§ 42a, 43, 46, Biffer 10 und 148, Biffer 5 der Gemeindeordnung entgegengetreten werden kann.

Der gemeldeten Artunde der Städte Sachsen zum Ehrenbürgerrecht für den Fürsten v. Bismarck haben sich die heute folgende dortige Städte durch einstimmige Beschlüsse der Gemeinderatungen angeschlossen: Plauen, Habel, Walden, Nies, Zwickau, Ritzau, Burgau, Zwickau, Königstein, Schwobenberg, Lengeneid, Marienberg, Schandau, Rössen, Waldheim, Regau, Burgstahl, Zimm, Neustadt, Glaucha. — Der Magistrat von Berlin hat beschlossen, dem Fürsten v. Bismarck, seinem Ehrenbürgerrecht zu überreichen. Die Art der Ueberreichung hängt von dem Gesundheitszustand des Fürsten ab. Am 1. April, dem Geburtstag des Fürsten, wird das Rathhaus Bismarckdenkmal anlegen. Auch die Sänger Berlin sollen sich im 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck zu feiern. Die hiesigen Musikanten sind im Bismarckdenkmal, als: Berliner Liedertafel, Männergesang-Vereinigungen Berlin, Sängerbund des Lehrervereins, die Sängerkapelle — sind zusammengetreten, um dem Fürsten ihre Huldigung durch einen solennen Stommers zum Ausdruck zu bringen. Der Stommers wird am 1. April in dem großen Festsaale der Bismarckdenkmal stattfinden. — Die künftige Eisenbahnprojektion Aito na weißt darauf hin, daß etwaige Unterbrechungen von Fährdreiermärgen für größere Gesellschaften, Gesellschaften von Sonderzügen am 1. April spätestens in den ersten Tagen des März gestellt werden müssen.

Wie in München, so haben auch in Kiel die Schriftsteller und Journalisten gegen die Amtsvorlage Widerspruch erhoben. Am Donnerstag hielt der Kieler Schriftsteller und Journalistverein eine außerordentliche Versammlung ab, wobei die Frage der Unterbrechung der Amtsvorlage zur Amtsvorlage Stellung nehmen sollte. Weiterhin wurde besonders auf die Unannehmlichkeit der Paragrafen 111a und

Wegen Mengehaltung bleiben meine Geschäftsräume für den Verkauf

E. Pinthus

Posamentier-, Kurz-, Weiss- u. Wollwaaren.

Mittwoch u. Donnerstag den 27. u. 28. Febr. u. Freitag den 1. März geschlossen.

Grosse Lotterie zum Besten der Kinderheilstätte zu Salzenburg mit Haupttreffern im Werthe von **50,000 Mark** u. s. w. sammt **5000 Gewinne**. In wenigen Tagen
 Nur **1 Mark** **50,000 Mark** **10,000 Mark** **5000 Mark** **3000 Mark** u. s. w. sammt **5000 Gewinne**.
 Loose à 1 Mk., 11 Loose für 10 Mk., 28 Loose für 25 Mk. (Porto u. Liste 20 Pfg. extra) sind zu beziehen d. **F. A. Schrader**, Hannover, Gr. Packhofstr. 29.
 Ein Loos. (ad) Zu haben in **Halle a. S.** bei **J. Barch & Co., Rich. Schröder** und den übrigen durch Placate kenntlichen Verkaufsstellen. **Ziehung.**

Frauen-Industrie- u. Kunstgew.-Schule
 akademische Lehranstalt I. Ranges
 für modernste Damenschneiderei u. Wäsche-Confection,
 älteste und bestrenommierte am Platze,
 Halle a/S, Sophienstr. 17, Wilhelmstr.-Ecke.
 System und Methode der Berl. Akademie. (Mässhnehen, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigen.) Ausbild. als Directricen. Für Damen höh. Stände Separat-Kurse. Honorar mässig. Prospekte gratis und franco durch die Vorsteherin **Clara Martini**.

Clavier-Unterricht.
 Nach längerem Studium bei dem Herrn Professor **Martin Krause** in Leipzig erhaltet **Clavier-Unterricht** nach der vorzüglichen Methode des genannten Künstlers
Olga Kaltwasser, Marienstrasse Nr. 12. Sprechst. von 10-1 Uhr.

J. ZOEBISCH, Halle a/S.
 Soll Haben
 fertig als langjährige Specialität!
 vollständig flachaufschlagende Geschäftsbücher
 Fernsprecher Nr. 346. gr. Steinstrasse 82

Uhren
 Schweizerfabrik, genau regulirt.
 Nickel-Nemr. 7, 8, 9; doppelt vergolbet, effektiv. Patent. 12 M.
 Silber-Nemr. 12, 13, 14, 15 M.
 Räder-Nemr. 16, 18, 20 M., folgte mit 3 Silber. 20, 22, 24 M.
 Damen-Nemr. 12, 13, 14, in 13 St. Gold 24, 25, 26 M. Portof. **Gottl. Hoffmann, St. Gallen, (S)**

Schon für 8¹/₂ Mark
 liefere 50 Mtr. 1 Mtr. hohes verzinktes
DRABTGEFLECHTE
 frachtfrei jeder deutschen Bahnstation zur Anfertigung schöner und dauerhafter Gartenzäune, Hühnerställe, Windgatter etc. Preisliste aller Sorten Geflechte und Draht gratis durch **J. Kustein, Drahtwaaren-Fabrik, Ruhrtal am Rhein.** (ad)

Kinderheilstätte zu Salzenburg.
Grosse Lotterie.
 Ziehung am 7., 8. und 9. März 1895 zu Meiningen.
 Hauptgewinn i. B. v. 50000 Mark,
 sowie ca. 5000 weitere größere und kleinere Gewinne.
 Loose nur 1 Mark (Liste 20 Pfg. extra)
 hält vorräthig **Otto Hendel, Sortiment, Halle, Markt 24.**

Harrenkappen und Dekorationsartikel, eigenes Fabrikat, sehr billig bei **A. Henning, Breitestr. 21.**
Ausverkauf.
 Wegen vollständiger Aufgabe meines Colonial- u. Seifenwaaren-Geschäftes verkaufe ich von heute ab sämtliche Waaren mit 5% Rabatt.
J. G. Krause, Schmeerstraße 17.

Laden-Einrichtungen
 fast neu, als Waarenröhre mit und ohne Schiebthüren, Waarenregale, Kastenregale, Cabentische, Cassen, Pulte, Stufenleitern etc. in größter Auswahl u. besserer Waare nur bei **Friedrich Peileke, Geilstrasse 25.** (e)
Brotbackerwaaren.
 G. Zander, Gr. Klausstrasse 12.

Werthstaxationsaufstellungen
 aller Gebäud. u. industrielle Bauwerke resp. Boden-Realitäten finden bei beschrift. Hypotheken-Aufnahme oder Zusammenleg., Kauf-, Fand-, Erb-, Geschäfts- od. Feuerversicher.-Anlässen, nach behördl. Werthschätzungs-Grundlagen, durch den darin als Specialist in langjähr. Praxis besond. erfahr. akad. gebild. u. staatl. geprüft. gerichtl. u. freihänd. ehl. verpflichtet. Taxator u. fachverständ. Architekten, alias Gebäudestauer-Engländer sowie Kommissar für Gebäude- u. Land-Verkehr-Gesellschaft, resp. Versicherungen zu civilen Preisen unterzucht, geschäftl. u. discreteste Erledigung.
H. Bianck, Halle a/S., Lanestr. 31, 1. (x)

Holländische Butter-Compagnie,
Ackermann & Co. Nachf.,
 Leipziger Straße 41,
 Große Steinstraße 42,
 Drehbahnstraße 2,
 Meißstraße 133 (neben dem Germania-Garten).
Hochfeine deliciose Molke- u. Tafelbutter,
 à Stückchen 50, 55 und 60 Pfg.
H. Limburger Käse, à Pfund 30 Pfg.
Prima Pflanzenmargarin, à Pfund 24 Pfg.
 Weltberühmte Solbutto-Zügerhu-Margarine, ff. Brand- schweiger Butter, gar. reines Schweinefleisch, Eier, Käse etc.

Dr. Kles' Diätetische Heilanstalt
 Dresden - N.
 Sorgfältige ärztl. Behandlung mit rein diätetischen Mitteln. Durchaus vorzügliche Erfolge selbst in den hartnäckigsten Fällen. Besondere für Unterleibs-, Nerven-, Frauenkrankh., Neuralgien etc. - Schrift: Dr. Kles, Diätet. Anstalt, Schützenstr. 8. Aufst. Nr. 2 A durch jede Buchhandl. sowie direct. (ad)

Für den Anzeigenthell verantwortlich: W. Mühl in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Weißbittern, Unterhaltungsbüchlein und Verlosungslifte.

